
Politik und Ökonomie im Roten Wien der 1920er Jahre

Rezension von: Wolfgang Fritz, *Der Kopf des Asiaten Breitner. Politik und Ökonomie im Roten Wien*, Löcker-Verlag, Wien 2000, 559 Seiten, öS 580.

Mehr als fünfzig Jahre nach seinem Tod erscheint nun dieses umfangreiche Werk zur Person von Hugo Breitner. Warum sich nicht schon früher Historiker – insbesondere solche, die der Sozialdemokratischen Partei nahestehen – gefunden haben, über diesen für Wien so bedeutenden Mann zu publizieren, bleibt – zumindest vordergründig – ein Rätsel. Obwohl im Stadtbild Wiens fast überall gegenwärtig (etwa der Hinweis in großen roten Buchstaben auf vielen Wiener Gemeindebauten: „Dieser Gemeindebau wurde mit Mitteln der Wohnbausteuer errichtet“), war und ist anscheinend einigen Politikern der Sozialdemokratischen Partei die wahre Bedeutung Hugo Breitners nach wie vor nicht bewußt. Nur so ist es zu erklären, daß etwa der damalige Wiener Bürgermeister Helmut Zilk den damaligen Finanzstadtrat Hans Maier auf eine Stufe mit Hugo Breitner gestellt hat. Dieser Vergleich, nachzulesen im Geleitwort von Rudolf Edlinger, hinkt insofern, da Hugo Breitner – im Unterschied zu Hans Maier, der ein Greißler war, welcher anstatt mit Groschen mit Milliarden jongliert hat – ein Visionär in vielen kommunalen und finanzpolitischen Fragen war. Wer war nun also dieser Hugo Breitner, der beim politischen Gegner so verhaßt war, daß der damalige Innenminister in einer öffentlichen Rede am 4. Oktober 1930 am Heldenplatz verlangte, daß der „Kopf dieses Asiaten“ in den Sand rollen müsse?

Breitners Eltern stammten aus jener großen und berühmten jüdischen Gemeinde in Ofen, ungarisch Buda, die un-

ter anderen auch Robert Danneberg (1885-1942) und Theodor Herzl (1860-1904) hervorbrachte. Die Breitners waren kleine Leute: Hugo Breitners Vater Moritz übte gemeinsam mit seinem Bruder Simon den bescheidenen Getreidekommissionshandel aus. Im Laufe der Entwicklung wurde sogar Wien zu einem bedeutenden Getreideumschlagplatz, und das war eine überraschende Wendung, weil die städtische Wiener Getreidebörse mit ihren bürokratischen Verfahren von den Getreidehändlern größtenteils abgelehnt worden war. Diese liberale Entwicklung veranlaßte wohl Moritz Breitner dazu, mit seiner Familie nach Wien zu ziehen.

Dort kam am 9. November 1873 Hugo Breitner zur Welt. Eine gute Ausbildung sollte ihn nach dem Willen der Eltern ein für allemal aus den Niederungen des Getreideagentendaseins befreien. Das Gymnasium verließ er jedoch, nachdem er für vier Schulstufen sechs Jahre benötigt hatte. In den Jahren 1890 bis 1893 besuchte er eine Handelsakademie und schloß diese mit einem sog. Zeugnis erster Klasse ab. Das Manko der niemals wirklich überwundenen Halbbildung sollte ihn durch sein ganzes Leben begleiten.

Im Juli 1894 begann Breitner als Volontär in der Eskompteabteilung der „k.k. privilegierten Österreichischen Länderbank“. Nach einem halben Jahr wurde er dort zum provisorischen Beamten bestellt. In dieser Zeit lernte er eine gewisse Marie Eigl kennen, eine Kollegin aus der Länderbank, deren Vater im Vorzimmer des Chefredakteurs Moritz Benedikt der „Neuen Freien Presse“ saß, und heiratete sie. Nur Personen ohne Religionsbekenntnis konnten zivil getraut werden. So beendete Hugo Breitner am 30. August 1901 seine Zugehörigkeit zur mosaischen Religionsgemeinschaft.

Sein Einkommen reichte jedoch nicht aus, seine Frau und ihn zu ernähren. So fand er eine Nebenbeschäftigung beim finanziellen Jahrbuch „Compaß“. Solche

Nebenbeschäftigungen waren unter Bankbeamten weit verbreitet. Kurze Zeit später glückte es ihm, eine Verwendung als gelegentlicher Mitarbeiter beim „Neuen Wiener Journal“ zu finden. Im Jahr 1905 gelang es Breitners Schwiegervater, ihn als nebenamtlichen Mitarbeiter der „Neuen Freien Presse“ zu installieren. Es ist anzunehmen, daß Hugo Breitner dort so etwas wie ein inoffiziell wirkender Redaktionssekretär war.

Die ersten Jahre des neuen Jahrhunderts, eine „zweite Gründerzeit“ mit prächtigem Wirtschaftsaufschwung, waren von einer – in den Augen der Zeitgenossen – starken Teuerung begleitet, einem Phänomen, das die Denker auf den Plan rief. So erkannte der junge Otto Bauer den Grund dafür in der Zollpolitik und den Kartellpraktiken. Unter den Bankbeamten, die gewerkschaftlich bis dahin nicht organisiert waren, verstärkten sich angesichts der Teuerung die Bemühungen, eine Personalvertretung zu schaffen.

Breitner dürfte sich schon im Frühjahr 1906 als Spiritus rector eines aus der Mitte der Beamtenschaft gewählten Komitees betätigt haben, welches der Direktion ein Memorandum unterbreitete. Dieses verlangte die Einführung eines Status, der jedem Angestellten, sofern er zu keiner Disziplinierung Anlaß gegeben hatte, auf dem Wege sukzessiven Vorrückens, die Erreichung eines Mindestgehalts nach 35 Dienstjahren gewährleistete. Dieses Memorandum ist mit so eindringlichen Argumenten und mit so unwiderlegbaren Materialien ausgestattet gewesen, daß sie in Kollegenkreisen als „Breitnersche Staatsschrift“ bezeichnet wurde. Der Gedanke, es den Arbeitern gleichzutun und die Standesinteressen solidarisch auf gewerkschaftlicher Basis zu vertreten, hatte zuerst, schon 1901, bei den Versicherungsangestellten Fuß gefaßt, denen es im Herbst 1903 gelang, für ihre Mitglieder die Sonntagsruhe durchzusetzen. An einen der Führer dieser Gewerkschaft, Alfred Broczy-

ner, wandten sich Breitner und seine Gleichgesinnten um Rat. Im Oktober 1906 war es endlich so weit: Ein Aktionskomitee trat mit einem Aufruf, der in der Kollegenschaft verteilt wurde, an die Öffentlichkeit – mit durchschlagendem Erfolg!

Zum Präsidenten wählten die neuen Gewerkschafter Josef Hubel von der NÖ-Eskomptegesellschaft. Im Vorstand saßen die Vertreter der Beamtenkörper sämtlicher Wiener Institute, für die Länderbank Hugo Breitner. Der „Reichsverein“, wie sich der zur Bankbeamtenge- werkschaft mutierte Klub nunmehr nannte, konstituierte sich am 27. März 1907. Breitner wurde zum Vizepräsidenten und Redakteur des Fachorgans des ‚Reichsvereins der österreichischen Bankbeamten‘ gewählt. In dieser Zeit bewährte sich Breitner nicht nur als glänzender Strategie und Fachautor. Er bewies sich auch in den großen Versammlungen, mit denen der Verein ab dem zweiten Jahr seines Bestehens seine Sache vorwärts- trieb, als überaus wirksamer, in seinen Mitteln freilich nicht immer wählerischer Massenredner.

Im Oktober 1909 brachte Breitner die Frage der Aufnahme von weiblichen Angestellten im Reichsverein zum ersten Mal aufs Tapet. Mit dem bisherigen System, so schrieb er, die Tatsache einfach zu ignorieren, daß es Beamtinnen gibt, daß deren Zahl in machen Instituten 25 Prozent des Beamtenkörpers ausmacht, und daß diese Hunderte von Angestellten jeder Organisation entbehren, gehe es nicht weiter. Die Aufnahme der Frauen in die Organisation und die Tatsache, daß in der Länderbank als erster Bank der Monarchie den Beamten eine regelmäßige Umreihung in eine höhere Gehaltsklasse zugestanden wurde, waren Krönung und Abschluß von Hugo Breitners Gewerkschaftslaufbahn. Bei der zweiten Hauptversammlung 1910 mußte Präsident Hubel mitteilen, daß Kollege Breitner seine Wiederwahl abgelehnt habe. Grund für diesen Verzicht war

seine bevorstehende Ernennung zum Prokuristen der Länderbank. 1911 trat Breitner der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei bei, was er wohl, angesichts der Unvereinbarkeit mit seiner beruflichen Stellung, geheimgehalten haben dürfte.

Ungefähr die Hälfte von Breitners Zeit als leitender Bankbeamter fiel in den Ersten Weltkrieg; vom Militärdienst blieb er jedoch verschont. In dieser Zeit fand seine eigentliche Karriere statt. Am 28. Oktober 1914 ernannte ihn der Verwaltungsrat zum Direktor-Stellvertreter. Anfang 1917 erhielt er den Rang eines Direktors. Mit 31. Dezember 1918 tritt er als Direktor der Länderbank in den dauernden Ruhestand, aber schon am 3. Dezember wurde er von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in den provisorischen Wiener Gemeinderat delegiert.

Neben Breitner war wohl Robert Danneberg (1885-1942), trotz seiner 33 Jahre schon ein alter Parteihaudeggen, die maßgebliche innovatorische Kraft im Gemeinderatsklub. Danneberg hatte das Glück gehabt, als Mitarbeiter des bedeutenden Wiener Arbeiterführers Leopold Winarsky akzeptiert zu werden. 1906 wurde er Redakteur der Zeitschrift „Der jugendliche Arbeiter“, 1908 Sekretär der Jugendinternationale und der Bildungszentrale der Wiener Partei.

Die Frage, wervon den beiden, Breitner oder Danneberg, maßgeblicher zum Konzept des Roten Wien nun beigetragen hat, wird wohl nie ganz zu beantworten sein. Es wird wohl so gewesen sein: Was der eine an Wirtschaftspraxis voraus hatte, hatte der andere an Parteipraxis. Wo der eine in Verhandlungen mit dem Unternehmensbereich glänzte, reüssierte der andere in Verhandlungen mit staatlichen Stellen. Wo der eine schließlich ein herausragender Jurist war, war der andere ein ebensolcher Wirtschaftsfachmann. Wahrscheinlich verstanden sich die beiden „Budapester“ von Anfang an bestens, was die erfreulichsten Auswirkungen für die Stadt nach sich zog.

In der ersten Arbeitssitzung des provisorischen Gemeinderates am 11. Dezember 1918 hielt Breitner seine Jungferrede zur Debatte über den Geschäftsbericht des Arbeiterfürsorgeamtes, und zwar sprach er zur Lage der Hausgehilfinnen. Er war hier nur einer von mehreren Debattenrednern. Vor ihm hatte Adelheid Popp die gesunkenen Beschäftigungsmöglichkeiten und niedrigen Löhne beklagt und die Tätigkeit privater Vermittler angeprangert. Die Schuld für das Dienstbotenelend lag für Breitner bei den Verursachern des Nachkriegselends, also beim kapitalistischen Unternehmertum, welches sich in diesem Kriege auf das Ungeheuerlichste bereichert habe. Die durch die Kriegswirtschaft verursachte Inflation hatte ihre Ursache zunächst darin, daß seitens der alten Staatsverwaltung für die Kosten des Krieges mit keinerlei Steuer vorgesorgt worden war. Rudolf Goldscheid (1870-1931) stellte in seinem 1917 erschienenen Werk „Staatssozialismus und Staatskapitalismus“ Überlegungen darüber an, wie die Kriegsschuld abgetragen werden könnte. Der Staat, davon war er überzeugt, mußte mit einer Steuer nachholen, was er während des Krieges versäumt hatte. Goldscheid verallgemeinerte seine Erkenntnisse auf dem Gebiet der Kriegsfinanzierung zu einer allgemeinen Finanzsoziologie. Er sah, daß die Frage, wie sich der Staat finanziert, eine der wichtigsten Fragen der Geschichte ist. Goldscheids Einfluß auf Breitners finanzpolitisches Denken dürfte weitreichend gewesen sein, und auch er sollte später das Rote Wien als eine unmittelbare Verwirklichung seiner finanzpolitischen Lehren ansehen.

Wiens erster demokratischer Gemeinderat trat am 22. Mai 1919 zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen, und Hugo Breitner wurde zum Finanz-Stadtrat gewählt. Dem neuen, demokratischen Wien paßte jedoch sein altes Verfassungskorsett nicht mehr, da Wiens Verfassung ganz auf einen Autokraten

vom Stil Luegers zugeschnitten war. Der Ruhm, Wiens neue verfassungsrechtliche Stellung begründet zu haben, gebührt Danneberg; doch hatte auch Breitner seinen Anteil daran. Breitners Handschrift erkennt man an den Bestimmungen über das neu eingeführte Kontrollamt und daran, daß Breitners Finanzausschuß das Recht erhielt, die gebahrungs-, die kaufmännische und die wirtschaftliche Kontrolle der Gemeindeanstalten und Unternehmungen entweder selbst vorzunehmen oder durch andere vornehmen zu lassen.

Breitner war sehr früh mit den Nöten der städtischen Betriebe an die Öffentlichkeit gegangen. Schon vor den Wahlen hatte er in den Parteiorganen dafür geworben, die Preise von Straßenbahnfahrten, Gas- und Strombezug an die gestiegenen Kosten anzupassen. So war dann die erste Sachmaterie, mit der sich der neugewählte Gemeinderat zu befassen hatte, die Verdoppelung der Straßenbahntarife bei gleichzeitiger Erhöhung der Straßenbahnerlöhne. Das war von den drei Erhöhungen die heikelste; denn während Gas noch nicht überall verbreitet war und Elektrizität gar eine Sache der höheren Stände, mußte in Wien jeder die Straßenbahn benutzen.

Die weit schwierigere Aufgabe war jedoch die Reform des städtischen Steuersystems, das wegen der Inflation seine Ergiebigkeit eingebüßt hatte. In der Luegerzeit war die eine Hälfte der städtischen Einnahmen aus der Besteuerung der Mietzinse, die andere aus den Gewinnen der Stadtwerke und Steuern auf Lebensmittel und Getränke gekommen, solchen indirekten Steuern also, welche die Lebenshaltung der Massen negativ beeinflussten. Die erste Steuer, die Breitner nach seinen Vorstellungen gestalten konnte, war die Lustbarkeitssteuer, die Wiener Ausprägung einer Vergnügungssteuer. Diese Steuer wurde von Breitner in den folgenden Jahren Zug um Zug zu einer verläßlich sprudelnden Steuerquelle ausgebaut.

Was die weitere Ausgestaltung des Steuersystems anbelangte, so hatte Breitner ja keinesfalls freie Hand. Wien war damals nichts weiter als eine Stadt mit eigenem Statut. Städtische Steuervorlagen mußten vom niederösterreichischen Landtag beschlossen und von der Staatsregierung sanktioniert werden. Der wesentliche Ansprechpartner war diesbezüglich der damalige Staatssekretär Schumpeter. Das seit Jahren geforderte Zuschlagsrecht zur Personaleinkommensteuer verweigerte Schumpeter, weil in diesem Fall das Rückgrat der Staatseinnahmen zerbrochen wäre. Auch die Wünsche nach Beteiligung an der Kriegsgewinnsteuer und der geplanten Vermögensabgabe blieben ohne Erfolg. Demgegenüber überließ Schumpeter der Stadt die staatliche Linienverkehrssteuer und den Ertrag der Hauszinssteuer. Ferner erlaubte er der Gemeinde gewisse Luxussteuern, wie etwa die Automobilsteuer, eine Bodenwertabgabe und die Erhöhung der Beträge der Feuerversicherungsgesellschaften zu den Kosten der Feuerwehr.

Ein zweites Tabu, neben der Ankündigung hoher indirekter Steuern, gegen das Breitner anrannte, war das der Besteuerung der Mietzinse. Die Gemeinderäte trauten vermutlich ihren Ohren nicht, als ihnen Breitner eröffnete, daß eine Erhöhung der Realsteuern kommen müsse, da das Mieterschutzgesetz für die Steuerkraft der Gemeinde von geradezu ruinöser Wirkung sei. Seit 1917 hatte der Mieterschutz allzuschlimme Erscheinungen zu verhindern vermocht. Nun atomisierte aber die Inflation die Mieten und nahm den Hausherrn wie der Gemeinde ihre Haupteinnahmequelle weg. Die Mieten machten nur noch wenige Prozent im Haushaltsbudget der breiten Massen aus. Das so gesparte Geld ging im Konsum auf. Breitner sah nun die Notwendigkeit, die Differenz zwischen den zu niedrigen Mietzinsen und dem wirtschaftlichen Wert der Wohnungen mit einer Steuer zu belegen, die bei

kleinen Wohnungen etwa mit zehn Prozent des Mietzinses begann und bei großen Wohnungen bis auf 100 oder 150 Prozent stieg. Dieses war freilich noch keine zweckgewidmete Abgabe, die das Bauen von Wohnungen aus dem Solidaritätsoffer ermöglichte, sondern ganz einfach eine Geldbeschaffungsaktion zur Abdeckung des kommunalen Defizits.

Hatte Breitner in der Zeit des Finanzministers Schumpeter sehr wenig für die Gemeindefinanzen erreicht, so sollte sein goldenes Zeitalter unter dessen Nachfolger Richard Reisch anbrechen. Wenige Tage nach Reischs Amtsantritt, am 29. Oktober 1919, legte Breitner sein erstes Budget vor, wobei es insbesondere darum ging, an die Stelle des kaputten alten ein funktionsfähiges neues Steuersystem zu setzen. Bedeutendste und umstrittenste neue Einnahme war die Einführung einer Abgabe von höheren Mietzinsen – sie war in einer Hinsicht die Premiere der klassischen Breitnersteuern. Mit seiner ursprünglichen Intention, auch die Kleinwohnungen mit zehn Prozent zu belasten, setzte sich Breitner jedoch nicht durch, da der Klub auf Steuerfreiheit für die Arbeiter bestand. Wirklich zur Kasse gebeten werden sollten also nur die Reichen, denen erstmals eine maßgeschneiderte Steuer vorgeschrieben wurde. Sie war vorerst auf ein Jahr befristet, um Erfahrungen über die mögliche Steuerinzidenz zu erhalten.

Die zweite der vorgeschlagenen Steuern, die Abgabe vom gemeinen Bodenwerte, traf den Realitätenbesitzer. Grundgedanke war hier, daß der Realitätenbesitzer durch die Abgabe veranlaßt wird, diese nicht einfach für spekulative Zwecke zurückzuhalten, sondern den Boden in erster Linie einer Verbauung zuzuführen. Schließlich beantragte Breitner noch die Erhöhung der Abgabe auf gebrannte geistige Flüssigkeiten und die Einführung einer Gemeindeabgabe auf Schaumweine. Auf diese Gegenstände hob bereits der Bund eine Steuer ein, die Gemeinde Wien verlangte einen be-

trächtlichen Zuschlag. Eine solche Steuer war populär, denn niemand war so verhaßt wie die champagnertrinkenden Spekulanten.

Das ganze Jahr 1919 hindurch wurde Wien mit Hilfe eines Auslandskredits ernährt, der gleich direkt in Gestalt von Nahrungsmitteln zur Verfügung gestellt wurde. Als jedoch im Herbst die Arbeitslosigkeit verschwand und gleichzeitig auch die ausländischen Mittel versiegeten, war es ein Gebot der Stunde, die Nahrungsmittelpreise wieder an ihre Gestehungskosten heranzuführen. So war die Lage im März 1920. Alle drei Gebietskörperschaften gingen damals gleichzeitig daran, durch Steuererhöhungen die Abgänge zu bedecken. Breitner verhandelte also mit Reisch. Der verweigerte jedoch der Gemeinde, wie vor ihm Schumpeter, die Zuschlagsmöglichkeit auf Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer, da der Staat aufgrund seiner eigenen Gehaltsregulierung genötigt war, alle großen Steuerquellen selbst auszuschöpfen. Er willigte allerdings ein, der Stadt Wien künftig 70 Prozent der Personallasten zu bezahlen. Wichtiger als die von Reisch gewährten Zuschläge zu den Bundessteuern, die ja nur vorübergehenden Charakter hatten, waren die im Zusammenhang mit der Angestelltengehaltserhöhung genehmigten Gemeindeabgaben, weil sie über den Anlaß hinaus dauernd zum Arsenal der Breitnersteuern beitrugen. So wurde Wien u.a. eine Plakatsteuer, eine Hotelzimmersteuer und eine Lustbarkeitssteuer eingeführt. Am 30. März 1920 ging das zweite Budget samt Gehaltserhöhungen durch den Wiener Gemeinderat. Mit diesem Budget wurde jedoch den städtischen Angestellten viel zugemutet: Es erfolgte nur eine geringe Anhebung der Gehälter, und die tägliche Arbeitszeit wurde erhöht.

In seinem dritten Budget (1920/21) kam es neben der Erhöhung der Zuschläge zur staatlichen Erwerbs- und Rentensteuer zur Neuschaffung einer Konzessionsabgabe, ein Projekt, das

Breitner ja auch schon zu Schumpeters Zeiten vorgeschwebt war. Darüber hinaus wurden zwei Luxussteuern eingeführt, nämlich eine Gemeindeabgabe auf die Beschäftigung von Hauspersonal und eine Abgabe auf den Konsum von Speisen und Getränken in Luxusrestaurants. Trug die erste Abgabe nur Unwesentliches zum Haushalt der Gemeinde bei, so brachte die zweite Abgabe im Jahr 1925 immerhin 13 Prozent der eigenen Gemeindesteuern. Interessant in diesem Zusammenhang war, daß Magistratsbeamte festzustellen hatten, ob ein Luxusrestaurant vorlag. Bis zu einem Drittel aller Wiener Lokale dürften dergestalt abgabepflichtig gewesen sein. Überragende Bedeutung im dritten Budget hatte eine Gemeindeabgabe für öffentliche Fürsorgezwecke. Sie sollte allein nahezu die Hälfte der eigenen Gemeindesteuern erbringen. Hierbei handelte es sich nicht wirklich um eine Zwecksteuer zur Finanzierung der beträchtlichen sozialen Lasten der Gemeinde, sie war vielmehr eine Art Lohnsummensteuer, wobei es dem Arbeitgeber nicht erlaubt war, diese dem Arbeitnehmer aufzurechnen. In der Praxis belastete sie natürlich den Lohn und war somit nichts anderes als ein Beitrag der Lohnabhängigen zu den Gemeindegeldern. Es verwundert nicht, daß diese Breitner-Steuer auch in den anderen Bundesländern bald eingeführt wurde.

Eine weitere Angelegenheit, die zu einem für Wien freundlichen Ende gebracht werden konnte, war die Abgabenteilung, die Beantwortung der Frage also, wieviel von den in Wien erwirtschafteten Steuererträgen an den Bund fließen, und wieviel davon den Wienern selbst verbleiben sollte. Es gelang am 3. März 1922, ein Finanzverfassungs- und ein Abgabenteilungsgesetz zu verabschieden, die beide mit Anfang 1923 in Kraft traten. Das neue, heute noch geltende System schuf ausschließliche Bundesabgaben, die der Bund nur für Bundeszwecke einhebt. Die zweite Ka-

tegorie bilden die geteilten Abgaben, die zum Teil dem Bund und zum Teil den Ländern und Gemeinden dienen. Davon erwiesen sich die gemeinschaftlichen Abgaben als die wichtigsten, welche der Bund allein einhebt, deren Ertrag er aber mit Ländern und Gemeinden teilt. Alle übrigen Abgaben werden für die Länder und Gemeinden eingehoben und sind ausschließliche Landes- oder Gemeindeabgaben, wie zum Beispiel die Breitner-Steuern, die damit aus dem Bereich der bloßen Inflationerscheinungen in feste Einnahmequellen überführt wurden, wobei zumindest die bürgerliche Seite ihre Ergiebigkeit wohl vollkommen unterschätzte. Nun zeigte es sich bald, daß Wien, der vielgeschmähte Wasserkopf, die Stadt, von der die Provinzpolitiker geglaubt hatten, sie würden sie alimentieren müssen, wenn sie nicht sehr aufpaßten, etwa zwei Drittel des Steuerertrags erwirtschaftete. Nach dem Ertragschlüssel wären Wien somit auch zwei Drittel an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben zugestanden. Die konnten nicht einmal Breitner und Danneberg herausverhandeln; Wien erhielt aber immerhin über 50 Prozent, während es nach dem Bevölkerungsschlüssel nur 28 Prozent erhalten hätte. Unaufhörlich versuchten von nun an Bund und Länder, Wien aus dieser bevorzugten Stellung zu verdrängen, was bis zum Jahr 1931 aber nicht gelang.

Nach der Genfer Sanierung 1924 begann das Aufbauwerk des Roten Wien: 25.000 Wohnungen, einige Wasserwerke und weitere Sozialbauten wurden errichtet. Mit Energie, aber auch Budgettricks lenkte Breitner alle verfügbaren Mittel in die produktiven Investitionen. Die Sanierung der österreichischen Währung durch Finanzminister Kienböck fand jedoch auf Kosten der Volkswirtschaft statt. Die Großbanken ließen sich auf eine Spekulation gegen den französischen Franc ein und verloren das Geld, welches sie vor dem Fiskus gerettet hatten. Seipel und Kienböck traten

zurück, Finanzministerium und Christlichsoziale Partei gerieten in einen Strudel von Bankskandalen.

Nach dem Justizpalastbrand 1927 wurden Breitner und seine Familie Gegenstand konzentrierter Angriffe der bürgerlichen Presse. So verlangte, wie eingangs schon ausgeführt worden ist, der damalige Innenminister in einer öffentlichen Rede am Heldenplatz, daß der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollen müsse. Auch wurde viel Mühe – letztlich vergeblich – darauf verschwendet, einen großen Bauskandal zu konstruieren. In dem Bestreben, die zusammenarbeitswilligen Teile des Bürgertums zu stärken, zwang die Parteiführung Breitner schmerzhaft Kompromisse ab.

Trotz Weltwirtschaftskrise gelang es Breitner noch einmal, ein Wohnbauprogramm durchzusetzen. Nach dieser letzten Kraftprobe versagte aber sein Herz, und er mußte am 23. November 1932 als Finanzstadtrat zurücktreten. Nachfolger wurde Breitners Freund und Weggefährte Robert Danneberg. Breitner wollte der Politik und eigentlich ganz Wien den Rücken kehren. Schließlich ließ er sich doch von Danneberg dazu überreden, als stellvertretender Direktor in die Zentralsparkasse einzutreten.

Danneberg war auch nicht ganz unbeteteiligt daran, daß Breitner am 12. Februar 1934 im Büro des Bürgermeisters verhaftet wurde und mehrere Wochen in Untersuchungshaft verbringen mußte. Die Strapazen der Untersuchungshaft brachten den Herzkranken fast um. Nach seiner Entlassung führte er das Leben eines staatlich überwachten Rentners.

Am 26. Februar 1938 emigrierte Breitner nach Florenz, floh im letzten Augenblick vor Hitlers Schergen nach Paris und durfte am 8. Juli in die USA einreisen. Am 24. Juli 1939 übersiedelte er nach Claremont in Kalifornien, wo er als Stipendiat an einem Manuskript über das Rote Wien arbeitete. Nach Auslaufen des Stipendiums versuchte er vergeb-

lich, sich eine neue Existenz aufzubauen. Fortan war er auf Gelegenheitsarbeiten und Zuwendungen von Freunden angewiesen. Von Joseph Buttinger eingeladen, beteiligte er sich, soweit das von seinem abgelegenen Wohnort aus möglich war, an den Aktivitäten der sozialdemokratischen österreichischen Emigranten.

Am 10. September 1945 erfuhr Breitner von Pollak, daß Seitz ihm geschrieben habe: „Wie gerne würden wir auch andere Genossen hier begrüßen, vor allem aber den Breitner, der geradezu eine Notwendigkeit ist.“¹ Breitner schrieb daraufhin an Seitz: „Ich will mich ganz klar aussprechen. Es liegt mir gänzlich ferne mich aufzudrängen. ... Ich bin voll von Arbeitsfreude. Die Hoffnung, zum Schlusse noch etwas im Dienst des Sozialismus leisten zu dürfen, wirkt verjüngend.“² Am 5. Dezember 1945 erhielt Breitner ein Antwortschreiben von Renner, eine Absage in freundlichen Worten. Breitner war alles andere als ein Einzelfall. Es gab nicht nur keinerlei Bemühungen, verdiente ÖsterreicherInnen aus der Emigration zurückzuholen, sondern es wurden auch denen, die von sich aus zurückkehren wollten, alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht.³

Am 6. März 1946 starb Hugo Breitner in seinem Haus in Claremont an Angina Pectoris. Im Sommer 1950 gelang es seiner Frau Therese, selbst nach Wien zu kommen und dort zu erwirken, daß ihr die beiden Pensionsversorgungen nach Amerika überwiesen wurden. Sie überbrachte die Asche Hugo Breitners. Diese hat man mit jener von Tandler und einer leeren Urne für den im KZ ums Leben gekommenen Danneberg zu einem Grabdenkmal im Urnenhain des Wiener Zentralfriedhofes im Schloß Neugebäude vereinigt.

Es ist das große Verdienst von Wolfgang Fritz, diese monumentale Biographie über jenen Menschen verfaßt zu haben, der der eigentliche Schöpfer des berühmten Roten Wien war, also jenes

umfassenden Systems von sozialen Leistungen, das einmal von der liberalen Neuen Freien Presse mit dem Hohnwort „Fürsorge-Inflation“ bezeichnet wurde. Ohne seine geniale, energische und durch und durch sozialistische Finanzpolitik wäre jedoch weder der Bau von 60.000 Wohnungen noch das weit ausgreifende Sanitätswerk Julius Tandlers, noch das Erziehungswerk Glöckels, noch überhaupt die vielfältigen Errungenschaften unter Bürgermeister Seitz möglich gewesen.

Darüber hinaus gebührt auch dem Erhard Löcker-Verlag in Wien Anerkennung, daß er sich bereit erklärt hat, ein

nicht zeitgeistiges Thema aufzugreifen und zu verlegen.

Josef Schmee

Anmerkungen

¹ Zitiert in dem Brief an Ellenbogen vom 24.9.1945.

² Brief Breitners vom 4. Oktober 1945.

³ Eine rühmliche Ausnahme unter den Vertretern des offiziellen Österreich bildete der Wiener Kulturstadtrat Viktor Matejka, der aktiv um die Rückholung von Emigranten bemüht war. Matejka hat auch noch in jüngerer Zeit auf die Bedeutung Hugo Breitners hingewiesen.